



Auf Einladung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg* berieten am 4. Dezember 2015 Ehrenamtliche und Hauptamtliche der Flüchtlingshilfe bei der Veranstaltung

„Willkommen in Heidelberg!?” Was brauchen Geflüchtete, Flüchtlingshilfe und Bürger*innen?“

folgende Themen:

- Vernetzung, Zusammenarbeit, Kommunikation und Koordination von Initiativen, freien Trägern, Stadt und Land,
- Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen und
- längerfristige Gestaltung der Aufnahme von Flüchtlingen in den Stadtteilen.

Zahlreiche Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden, Institutionen, Stiftungen und Initiativen entwickelten an Runden Tischen Vorschläge. Im Folgenden fassen wir die Ergebnisse zusammen, die sich an die Stadt und das Land richten.

Vorschläge an die Stadt Heidelberg

Heidelberg wird 2016 weitaus mehr Geflüchtete aufnehmen. Daher besteht jetzt die Chance und die Notwendigkeit, vorausschauend die Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander zu schaffen.

Koordination und Qualifizierung von Ehrenamt

Die Koordination des ehrenamtlichen Engagements braucht Verstärkung: Angebote und Anfragen bleiben unbeantwortet, Ideen verpuffen; verbreitet entstand der Eindruck, weiteres Engagement sei nicht nötig oder nicht erwünscht. Da in absehbarer Zeit zahlreiche Geflüchtete für die Anschlussunterbringung neu nach Heidelberg kommen, ist die personelle Verstärkung für Koordination und Qualifizierung notwendig.

Vorschläge:

- Finanzierung einer zentralen Anlauf-, Informations- und Koordinierungsstelle, die Bereitschaft, Kompetenzen, zeitliche Verfügbarkeit und Sprachkenntnisse abfragen und jetzt aktiv auf die Personen zugehen, die auf den Wartelisten erfasst sind. Möglicherweise könnte sich auch die Bürgerstiftung bei der Finanzierung der zentralen Anlaufstelle einbringen.
- Regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Stadt, Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen.
- Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche: Anleitung und Einarbeitung, interkulturelle Kompetenz, Fähigkeiten für einen konstruktiven Umgang mit interkulturellen Konflikten und Supervision.

Internet-Plattform

*Mit Cordial Commons wird derzeit ehrenamtlich eine öffentliche Internetplattform aufgebaut, die Informationen über Ansprechpersonen von Stadt, Freien Trägern, Initiativen, Ansprechpersonen für die Stadtteile, Projekte bereitstellen und eine zeitnahe Vermittlung von Bedarf und Angebot an Sachspenden und ehrenamtlicher Hilfe (z.B. Dolmetscher*innen, interkulturelle Kompetenzen, Kinderbetreuung, Aktivitäten für Kinder, etc) vereinfachen soll. Diese Plattform bietet sich als zentrale Plattform an und wird umso besser, je mehr sie genutzt wird.*

- Einspeisen und Pflegen und bekannt machen von Cordial Commons als zentraler Informationsplattform mit den die Stadt betreffenden Informationen durch die Stadt.

Spracherwerb und Lernbegleitung

- Einrichtung eines Runden Tisches zu Spracherwerb und Lernbegleitung mit dem Ziel der Information, Abstimmung und Vernetzung professioneller und ehrenamtlicher Angebote sowie eine didaktische Basisqualifizierung für Ehrenamtliche.

- Der Einsatz von Ehrenamtlichen darf nicht zum Ersatz bzw. einer Schlechterstellung von bereits nicht gut bezahlten und häufig befristet beschäftigten Sprachlehrer*innen gehen.

- Bereitstellung übersichtlicher Informationen über Sprachkurse, Träger, Abschlüsse, berufsbegleitenden Spracherwerb, Zugangs- und Anspruchsberechtigung, etc. (z.B. auf Cordial Commons).

- Trägerübergreifende einheitliche Eingangsprüfungen.

- Vermittlung von Kulturwissen mit Sprachlernen von Anfang an.

Integration in und durch Arbeit

Im Bereich Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration gibt es Parallelstrukturen durch unterschiedliche Akteure. Damit Integration durch Beschäftigung erfolgreich sein kann, gilt es jetzt Strukturen vor Ort aufzubauen.

- Weiterentwicklung eines Runden Tisches für die Akteur*innen wie JobCenter, Agentur für Arbeit, IHK, Handwerkskammer, freie Träger, Initiativen, etc. mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu vertiefen, Angebote abzustimmen und Qualifizierung und zeitnahe Information über gesetzliche Grundlagen zu gewährleisten. Es besteht dringender Bedarf an Schulungen hinsichtlich der rechtlichen Situationen, Aufenthaltsrecht, Finanzierung, etc. Dieser Runde Tisch sollte im zweiten Schritt auf Arbeitgeber*innen in und um Heidelberg zugehen.

- Ermessensspielräume ausschöpfen bei der Anerkennung vorhandener Berufsausbildungen und -erfahrungen und niedrigschwellige Wege für Nicht- und Gering-Qualifizierte in Beschäftigung ermöglichen.

Geflüchtete einbeziehen

- Geflüchtete sollten auch als Mitwirkende mitgedacht und einbezogen werden beispielsweise bei der Kinderbetreuung, Lernbegleitung von Kindern (sofern es um fachliches Lernen geht), bei der medizinischen Versorgung, bei Hausmeisterhilfstätigkeiten, Essensversorgung, grundsätzlich bei der Entwicklung bedarfsgerechter Angebote, etc.

- Interkulturelle Kompetenz gemeinsam mit Flüchtlingen entwickeln; auch sie sind Kulturvermittler*innen.

- Wahl von Ansprech- bzw. Ombudspersonen in den Heimen durch die Bewohner*innen; darunter sollte mindestens eine weibliche Ansprechperson sein.

Information der Bevölkerung und Begegnungsmöglichkeiten

- Fortführung von Informationsveranstaltungen durch die Stadt, sowohl für die breite Bevölkerung als auch zielgruppenspezifisch beispielsweise für potenzielle Vermieter*innen oder Arbeitgeber*innen zu gesetzlichen Grundlagen, Abläufen und Ansprechpersonen.

- regelmäßige Gesprächsangebote für Bürger*innen und Flüchtlinge in den Stadtteilen; sei es durch eine Unterstützung von Stadtteilinitiativen, die diese Aufgabe wahrnehmen, sei es durch ehrenamtliche Ombudspersonen in den Stadtteilen. Von „Kirchheim sagt Ja“ lässt sich lernen, dass Reibungspunkte und Konflikte konstruktiv angegangen werden können, wenn sie frühzeitig erkannt werden.

- regelmäßiger Kontakt der Stadtteilinitiativen mit der Stadt und Unterstützung der Vernetzung untereinander.

Räumlichkeiten

- Räume zur kostenfreien Nutzung für Initiativen und eine Ansprechperson der Stadt für Raumvermittlung.

- Begegnungsorte in den Stadtteilen für Bevölkerung und Flüchtlinge wie auch für Geflüchtete untereinander.

- Gemeinschaftsräume in den Heimen (auch für Lernunterstützung, etc.).

Vorschläge an das Land

- Finanzielle Förderung von Sprachkursen bis einschließlich Level B2. Für eine Ausbildung ist Level B2 vorgeschrieben; die Finanzierungslücke ist eine große Hürde bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.

Vorschläge an die Leitung des PHV

- Zugang für Ehrenamtliche erleichtern.

- Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Ehrenamtlichen, der PHV-Verwaltung und Hauptamtlichen verbessern, Helfer*innen vernetzen, Erfahrungen weitergeben.

- Sozialräume bereitstellen (weshalb nicht im ehemaligen Burger King?) z.B. für Sprachunterricht, Kinderbetreuung und Spielaktivitäten mit Kindern, aber auch einfach für Unterhaltungsangebote gegen Langeweile, Frust und Eskalation.

- Ausbau von Information und Beratung für Flüchtlinge zu Verfahren was hilft Spannungen abzubauen.

* Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des Projekts "Gut vertreten? Update für Demokratie" der Heinrich Böll Bundes- und Landesstiftungen.